

A. Das ist positiv

Bereiche Arbeit und Soziales

- Mehr digitale Prozesse im Zuwanderungsverfahren, darunter das Ziel, Visaverfahren vollständig zu digitalisieren und digitale Angebote zum Spracherwerb zu schaffen. (S. 54)
- Schaffung einer Genehmigungsfiktion für unerledigte aufenthaltsrechtliche Anträge bei den Ausländerbehörden. (S. 55)
- Entschiedener gegen Scheinselbstständigkeit, den Missbrauch von Werkverträgen und gegen Schwarzarbeit vorgehen. (S. 32)
- Selbstständige sollen in die gesetzliche Rente einbezogen werden. (S. 43) Allerdings ist keine Wahlfreiheit bei der Durchführung vorgesehen, wie vom Handwerk gefordert.
- Bei Weiterarbeit während des Rentenbezugs sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur Rentenversicherung an die Beschäftigten ausgezahlt werden können. (S. 43)
- In der ges. Kranken- und Pflegeversicherung sollen versicherungsfremde Leistungen wie die Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen oder die Beiträge von Bürgergeldempfängern wieder stärker aus Steuermitteln finanziert werden. (S. 41)
- Für die Gesundheitsberufe sollen mehr Kompetenzen und so eine bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreicht werden. (S. 40)
- Im Sinne einer verbesserten Patientenversorgung soll unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen abgebaut werden. (S. 40)
- Da immer noch Kitaplätze in Deutschland fehlen, soll in gute Kitas und die Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern sowie in unterstützende Arbeitskräfte investiert werden. Im Bund sollen die Investitionen in frühkindliche Bildung erhöht und verstetigt werden. (S. 35)
- Es sollen die notwendigen rechtlichen und technischen Grundlagen geschaffen werden, damit die verschiedenen Sozialleistungen besser aufeinander abgestimmt werden und ineinandergreifen. (S. 38)
- Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Fehl- und Überversorgung im Gesundheitswesen abzubauen. (S. 40)
- „Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland.“ Digitale Visavergabe, Digitale Möglichkeiten zum Spracherwerb, Ankommen besser ermöglichen, Anerkennungen vereinfachen, aber auch Anforderungen stellen. (S. 54)

Bereich Berufliche Bildung

- Mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zur Stärkung des Handwerks. (S. 14)
- Der Führerscheinwerb für Auszubildende soll gefördert sowie eine Lösung für das Azubi-Deutschlandticket gefunden werden. (S. 36)
- Mehr bezahlbarer Wohnraum für Auszubildene soll über das Programm „Junges Wohnen“ weiter gefördert werden. (S. 36)
- Die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung sollen ausgebaut werden. (S. 36)
- Die Berufsorientierung soll durch Einbeziehung der Betriebe und durch mehr praxisnahe Angebote verbessert werden. (S. 36)

Bereich Gewerbeförderung

- Für mehr Innovationskraft: F&E-Ausgaben auf 3,5 % des BIP steigern. Ebenfalls: „Wir schaffen auch mehr Experimentierräume wie die Reallabore, in denen neue Technologien erprobt und in die Anwendung gebracht werden können.“ Zudem Gründungsoffensive mit One-Stop-Shop. (S. 13)
- „Zur Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir Ausbildungsverbände, um die Anzahl passender Stellen für Auszubildende und Betriebe zu erhöhen.“ (S. 36)
- Verlässliche Finanzierung der Entwicklungspolitik. (S. 60)
- „Wir setzen auf Instrumente wie die Außenwirtschaftsförderung.“ (S. 66)

Bereich Recht und Organisation

- „Unfaire und teure Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen Gewerbes und der Verbraucher*innen werden wir mithilfe des Wettbewerbsrechts zurückdrängen.“ (S. 15)
- „Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und einheitlicher umgesetzt werden – auch um Doppelregulierung und unklare Zuständigkeiten zu vermeiden. Eine Reform beim Datenschutz hin zu Einheitlichkeit, Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig.“ (S. 19)
- „Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern“ (S. 14) sowie „flächendeckende Praxischecks einführen.“ (S. 10)

Bereich Wirtschaftspolitik

- Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung von Gebäude und Verkehr (ETS II) sollen den Empfängern als Klimageld ohne vorherige Beantragung auf ihr Konto fließen. (S. 21)

- Finanzmärkte: „Um Finanzkrisen vorzubeugen, benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.“ (S. 12)
- Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft basierend auf vier Säulen. 1. Säule: Senkung und langfristige Halbierung Primärrohstoffverbrauch, Rohstoffeffizienz und möglicherweise Ersatz von Rohstoffen und gezielter Einsatz von Recyclingrohstoffen 2. Säule: Förderung von Recycling und Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft, 3. Säule: heimischer u. europäischer Bergbau (Anmerkung: nicht handwerksrelevant), 4. Säule: Entwicklung nachhaltige Rohstoff-Außenpolitik und Schließen neuer Rohstoff-Partnerschaften. „Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen eine wirtschaftliche Chance... Sie braucht die richtigen regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, mehr Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Ein digitaler Produktpass schafft besser Informationen über die Materialien, die in einem Produkt stecken. Dafür werden wir jetzt die Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen (Anmerkung: gemeint NKWS).“ (S. 16)
- Der „Stärkung von Mittelstand und Handwerk“ wird ein eigener Absatz gewidmet. (S. 14)
- Bedeutung von Wertschöpfung und Investitionen vor Ort in den Kommunen, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftskraft und Lebensqualität in ländlichen Räumen. Das Bekenntnis zum Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW), damit sich „Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten können“. (S. 15)
- Unterstützung von schnellem Internet in Stadt und Land durch Anpassung der Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk, Beschleunigung von Genehmigungsprozessen, alternative Verlegemethoden und Open Access. Für ländliche Gebiete und strukturschwache Regionen soll die staatliche Gigabitförderung erhöht werden. (S. 19)
- Mobilität in Stadt und Land soll günstig, sicher und klimafreundlich sein, egal mit welchem Verkehrsmittel. Auf dem Land soll auch auf Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse gesetzt werden. (S. 24)
- Das Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird betont. „In den ländlichen Regionen ruht viel Kraft unseres Landes. (...) Es gilt ihre Vielfalt zu schützen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu verbessern.“ (S. 25)
- Wohnungsbau soll vorhandenes Potenzial nutzen: Bestehende Gebäude sollen aufgestockt, ungenutzte Büroflächen zu Wohnraum umwandelt, Dachböden ausgebaut und leerstehende Gebäude wieder aktivieren werden. Dazu soll das Baurecht vereinfacht, Verfahren digitalisierten und bundesweit angeglichen werden. (S. 33)
- Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards sollen auf ein „sinnvolles Maß“ zurückgeführt werden. (S. 33)
- Der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau soll weiter unterstützen werden, indem im Bund die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. (S. 33)
- Erleichterung des „Zugangs zu Eigentum“ wird angestrebt, u.a. durch Wohnungsbauprämie und eine Klimakomponente. (S. 33)

Bereich Steuer- und Finanzpolitik

- Finanzierung der Netzentgelte für überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum. (S. 10)
- Auf fünf Jahre befristete Investitionsprämie: 10% auf alle Investitionen aller Unternehmen mit Ausnahme von Gebäudeinvestitionen. (S. 11)

Bereich Europapolitik

- Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene. (S. 12)
- Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts (Wiederbelebung new competition tool), um KMU vor unfairen Praktiken und Monopolen zu schützen, sowie konsequente Umsetzung bzw. Verbesserung des DSA und DMA. (S. 15, S. 50)

B. Das ist negativ

Bereiche Arbeit und Soziales

- Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von „zunächst“ 15 Euro im Jahr 2025. (S. 32)
- Die Einführung eines Bundestariftreuegesetzes, nachdem öffentliche Bundesaufträge regelmäßig nur an Unternehmen vergeben werden sollen, die nach Tarif bezahlen. (S. 32)
- Eine digitale und manipulationssichere Arbeitszeiterfassung in von Schwarzarbeit betroffenen Branchen. (S. 32)
- Die Einführung eines 2-wöchigen Vater- bzw. Co-Mütter-Urlaub nach der Geburt eines Kindes mit Lohnersatzleistung. (S. 37)
- Ein Rückkehrrecht in Vollzeit. (S. 32)
- Das Rentenniveau soll bei mindestens 48% festgeschrieben werden. (S. 42)
- Die Grundrente soll in eine Garantierente weiterentwickelt werden, die bereits nach 30 Versicherungsjahren (ohne Konkretisierung Vollzeiterwerbstätigkeit) eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erbringen soll. (S. 43)
- Die abschlagfreie Rente ab 63 Jahren für besonders langjährige Versicherte soll beibehalten (bzw. in dieser Form wieder eingeführt) werden. (S. 43)
- Einführung einer Bürgerversicherung, d.h. die Einbeziehung der Privatversicherten in die gesetzliche Krankenversicherung, (S. 41)

- Die Ausweitung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (z.B. durch Einbeziehung von Kapitaleinnahmen). (S. 41)
- Reform der Mindestbemessungsgrenze für Soloselbstständige in der GKV (S. 41).
- Bessere soziale Absicherung von Unternehmerinnen im Handwerk („Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Handwerkerinnen und Soloselbstständige die Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.“; S. 14) über eine Beteiligung von Selbstständigen an einer dafür vorgesehenen Umlagefinanzierung. (S. 37)
- Kindergrundsicherung. (S. 38)

Bereich Berufliche Bildung

- Solidarische Ausbildungsumlage. (S. 14)
- Deutliche Anhebung der im Berufsbildungsgesetz geregelten Mindestausbildungsvergütung. (S. 36)
- Die Meisterqualifizierung soll kostenlos werden. (S. 14) Es geht dem Handwerk hierbei vielmehr um die Ausweitung der Kostenübernahme für die Lehrgangs- und Prüfungskosten im Rahmen des Aufstiegs-BAföGs.

Bereiche Gewerbeförderung und Recht

- Fortsetzung der feministischen Entwicklungspolitik (S. 64)
- Neue Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen. (S. 15)

Bereich Wirtschaftspolitik

- Gebäudeenergiegesetz und die flankierende BEG-Förderung werden als Erfolg für die Wärmewende dargestellt. Reformbedarf sieht man hier offenbar nicht. (S. 23) Finanziert werden sollen die Maßnahmen aus einem neu einzuführenden „Deutschlandfonds“. (S. 10) Aus diesem Fonds sollen auch langfristig die Kosten für die Übertragungsnetze finanziert werden.
- Nationale Wasserstrategie berücksichtigt nicht die Spezifik des Handwerks (Handwerk kommt darin gar nicht vor). (S. 27)
- „Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese Kennzeichnung werden wir auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-Verpflegung ausweiten. Kleine Gastronomiebetriebe werden wir ausnehmen.“ – Bereits die für Schweinefleisch eingeführte Haltungskennzeichnung beinhaltet große Umsetzungsprobleme im Fleischerhandwerk und verursacht steigende Bürokratielasten. (S. 28)
- „Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel schützen.“ (S. 29) – Eingangs der Passage wird noch politisch korrekt davon gesprochen, dass jeder

selbst entscheiden kann, was er oder sie essen möchte. In Bezug auf Kinder wird jedoch wieder von ungesunden Lebensmitteln gesprochen, statt auf ungesunde Lebensweisen abzustellen. Der Schutz von Kindern vor zucker- und fetthaltigen Lebensmitteln durch ein entsprechendes Werbeverbot war bereits ein Vorhaben der letzten Koalition.

- Der weitgehende implizite Ausschluss von jeglichem Neubau im Straßenbereich. (S. 24)

Bereich Steuer- und Finanzpolitik

- Integration des Solidaritätszuschlags in den Einkommensteuertarif. (S. 34)
- Anpassung der „Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer für außerordentlich große Erbschaften“. (S. 34)
- Einführung bzw. Wiedererhebung Vermögensteuer. (S. 34)
- Einführung Rechtsform „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen. (S.15)
- Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, (...) beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften. (S.34) - Diese Forderung drückt den Willen aus, die Kapitalertragsteuer abzuschaffen.
- Einsatz für eine Europäische Digitalkonzernsteuer. (S. 62)

Bereich Europapolitik

- „Einstimmigkeit gänzlich abschaffen“. (S. 61)
- „Neue EU-Eigenmittel.“ (S. 61)
- Der Green Deal und das „Fit for 55“-Paket müssen nun europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden. (S. 20)
- Zu einseitiger Fokus auf E-Mobilität. (S.14)

C. Das fehlt

Bereiche Arbeit und Soziales

- Aussagen zu einer zuliefererfreundlichen Reform des LkSG und der EU-Lieferkettenrichtlinie oder eine Forderung nach deren Abschaffung.
- Aussage zu den notwendigen Regelungen zur Fortführung des Status der selbstständigen Dozenten in der beruflichen Bildung.
- Ankündigung, dass der Gesamtsozialversicherungsbeitrag wieder auf unter 40 Prozent begrenzt werden muss.

Bereich Berufliche Bildung

- Verrechtlichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung durch ein DQR-Gesetz.
- Aussagen zur Stärkung der Begabtenförderung in der beruflichen Bildung und zur Ausweitung der Stipendienprogramme (insbesondere des Weiterbildungsstipendiums).

Bereich Gewerbeförderung

- Stärkere Förderung zur Modernisierung und zum Neubau von Bildungsstätten
- Konkrete Aussagen zur Außenwirtschaftsförderung und zur Handelspolitik
- Normen und Standards praktikabler, einfacher und mittelstandsgerechter ausgestalten.
- Außer One-Stop-Shop und Beratungen aus einer Hand (wer macht das?) keine Aussagen zur Förderung von Gründungen und Nachfolgen.

Bereich Recht und Organisation

- Konkrete Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung des Bürokratieabbaus.
- Konkrete Ziele und Maßnahmen zur Verwaltungsdigitalisierung.
- Bekenntnis zur Selbstverwaltung als Ausprägung moderner und effizienter Leistungsverwaltung.

Bereich Wirtschaftspolitik

- Konkrete Hinweise, wie denn durchaus richtige Überschriften mit Leben erfüllt werden sollen: „Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern.“ (S. 14)
- „Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Verbraucher*innen gefragt. Deshalb wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten.“ – Die Grünen müssen nicht Handwerk und landwirtschaftliche Betriebe zusammenbringen, diese Zusammenarbeit wird seit Jahren intensiv gelebt. Details, wie die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten aussehen sollen, fehlen gänzlich. (S. 28)
- Ausführungen zu: Entwaldung (EUDR), Ökodesign (Ausnahme: Digitaler Produktpass (S. 17), Green-Claims-Richtlinie, nationale Biodiversitätsfinanzierung (nur international).
- Im Zusammenhang mit Mobilität und Stadtumbau fehlen die Bedürfnisse gewerblicher Verkehre und gewerblicher Standorte.

- Keine Erwähnung der Diskussion über die EU-Kohäsionspolitik.
- Städtebauförderung.

Bereich Steuer- und Finanzpolitik

- Entlastung von Betrieben und Beschäftigten, z.B. durch eine Einkommensteuertarifreform.
- Grundsätzliche Unternehmenssteuerreform, die zu spürbarer Entlastung für Betriebs führt.